

Literaturbericht

Burkhard Conrad

Zwischen Sein und Schein

Die Transformationsforschung ringt mit sich und ihrem Gegenstand

Einleitung

Nach einer Dekade reger Debatte scheint die Transformationsforschung einer vorläufigen Konsolidierung entgegen zu gehen. Der Niedergang des sowjetischen Imperiums Anfang der 1990er Jahre und die darauf folgende Entstehung diverser Nachfolgestaaten mit höchst unterschiedlichen Herrschaftsformen war der realgeschichtliche Nährboden einer breiten Diskussion über die Art und Richtung des gesellschaftlichen und politischen Wandels. Auch wenn man sich davor mit politischen Transformationen beschäftigte, entstand erst in den 1990er Jahren das abgrenzbare Feld der Transformationsforschung. Ihr zugrunde lag von Beginn an die mehr oder minder explizit geäußerte Auffassung, die Demokratie besäße eine gegenüber anderen Herrschaftsformen „ethisch überlegene normative Legitimität“ (Merkel u.a. 2003: 68). Sie hatte zur Folge, dass die analytischen Kategorien sich aus den etablierten Demokratietheorien ableiteten. Konzepte wie politische Gleichheit und Freiheitsrechte, Institutionen wie rationale Rechtsprechung und Verfassung und Akteure wie Parteien und Verbände wurden zu zentralen Größen der Forschung. Im Laufe der Jahre wurde jedoch deutlich, dass solche Kategorien nicht blauäugig auf die Transformationsgesellschaften angewandt werden konnten. Die Realität des politischen Wandels widersprach oftmals dramatisch dem in demokratietheoretische Begriffe gewandeten Optimismus. Dies führte innerhalb der Transformationsforschung zu einer Differenzierung des Begriffsinstrumentariums, ohne dass aber die Demokratie als zentraler Ausgangspunkt der Untersuchung aufgegeben wurde. Die jüngere Forschung widerspiegelt diesen differenzierten Umgang. Auf der Basis einer breiten, wenn auch nicht lückenlosen Lektüre soll hier der Forschungsstand kritisch darge-

* Burkhard Conrad, geb. 1974, Mitglied der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg.

stellt werden.¹ Das besondere Interesse gilt dabei den begrifflichen und erkenntnistheoretischen Mitteln. Im Grunde oszilliert die Forschung dabei fortwährend zwischen dem „Sein“ und „Schein“ ihres Gegenstandes, stets bestrebt, das rechte Instrumentarium zur Unterscheidung des einen vom anderem zu finden.

Grundlagen – Zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft

Idealiter sind die einzelnen Beiträge zur Transformation in einen breiten staats- und gesellschaftstheoretischen Kontext eingebettet. Die Transformationsforschung, so ein erster Kritikpunkt, vermag diese Einbettung jedoch nur teilweise zu erbringen, da sie sich nicht selten in den engeren Bereich der politischen Wissenschaft zurückzieht, um mit den Kategorien des Akteurs, des Interesses, der Macht und anderen einen in Wahrheit „total-gesellschaftlichen“ Prozess zu fassen zu bekommen. Andere Begrifflichkeiten wiederum, wie z.B. „Zivilgesellschaft“ oder auch „Demokratie“, besitzen in der Transformationstheorie den problematischen Doppelcharakter eines normativen „So-soll-es-sein“ und eines deskriptiven „So-ist-es“ (Schlichte 1998: 529). Das lässt sie in analytischer Hinsicht dubios erscheinen. Es ermangelt der Forschung aber nicht der gesellschaftstheoretischen und/oder historischen Betrachtung. So verweisen Rose und Shin (2001) auf einen gravierenden Unterschied zwischen der Entwicklung der Demokratie im Westen und in den derzeitigen Transformationsgesellschaften. Während sich im ersten Falle die Wirkmacht der modernen staatlichen Institutionen schon ausgebreitet habe, bevor politische Rechte wie das allgemeine Wahlrecht entstanden seien, womit die politische Regelung des gesellschaftlichen Lebens schon vor der gesellschaftlichen Mitwirkung an der Politik gegeben gewesen sei, werde die heutige Lage durch eine „rückwärtige Demokratisierung“ charakterisiert. Transformationsgesellschaften würden mit politischen Teilhaberechten konfrontiert, wo sie über keinerlei wirkmächtige staatliche Institutionen verfügen würden, die das gesellschaftliche Leben effektiv verregeln könnten. Dieser Mangel an staatlicher Regulierungsfähigkeit führe zu einer „unvollständigen Demokratie“ (p. 351). Manent (2003) bezeichnet die Demokratie als ein „System der Trennung“, womit er sich an die soziologische Systemtheorie und deren Theorem der Sozialdifferenzierung andockt. Es sei gerade die Differenzierung der Gesellschaft in Kirche, Zivilgesellschaft und Staat, in Repräsentanten und Repräsentierte, in wirtschaftliche und politische Mächte, d.h. die Differenzierung in getrennte Funktions- und Handlungsbereiche, welche die in der Demokratie zentralen Freiheiten garantiere. Um es mit der Sprache der Systemtheorie auszudrücken: Die gesellschaftlichen Teilsysteme werden gegen einander abgeschottet und vor Übergriffen geschützt. Er verweist somit auf die gesellschaftliche

¹ Fallstudien werden in der Literaturschau vernachlässigt.

Grundlegung jeder politischen Praxis. Demokratie erwächst aus einer Gesellschaft und nicht umgekehrt.

Ausgeprägte Widersprüche von demokratischer Form und Praxis stellen auch Bendel und Krennerich (2003) für viele Transformationsgesellschaften fest. Staaten der Transformation zeichnen sich ihrer Meinung nach durch die „Ungleichzeitigkeit der politisch-institutionellen und der politisch-kulturellen Entwicklung“ (S. 26) aus. Was man auch in westlichen Demokratien als zunehmendes Problem auffasse, die Kluft zwischen der formalen Verfassungsstaatlichkeit und der korrespondierenden Verfassungsrealität als Grundlage jeder Rechtsstaatlichkeit (S. 16ff.), sei von vornherein Charaktereigenschaft der Entwicklungsgesellschaften. Hier, so die Autoren, unterscheidet die verfassungsmäßige Ordnung des Staates sich scharf von der politischen Kultur des Landes bzw. dem dort vorherrschenden *Habitus* (Bourdieu). In solcher Umgebung kann der Staat nicht autonom von der Gesellschaft agieren, sondern bleibt deren Prärogativen unterworfen. Die Beziehung von Staat und Gesellschaft steht somit im Mittelpunkt der Forschung. Auch wenn diese analytische Trennung in Staat und Gesellschaft nicht als ein unumstrittenes sozialwissenschaftliches Dogma gelten sollte, so ist sie doch (notwendiger) Ausgangspunkt aller Transformationstheorie.

Ebenen der Analyse

Die Transformationsforschung greift auf Axiome der Sozialtheorie zurück, und dies weit mehr als es ihr wohl bewusst ist. Wenn die politikwissenschaftliche Debatte ein vehementes Changieren zwischen der Betonung der Akteure und der Unterstreichung der ihnen zugrunde liegenden Strukturen kennt, so ist dies ein matter Abglanz der sozialwissenschaftlichen Großdebatte zwischen Handlungs- und Systemtheorie. Scheinbar versöhnende Konzepte wie die von „Institutionen“ können nicht darüber hinweg täuschen, dass man sich in der Frage, woran es denn gelegen hat, dass viele Entwicklungsgesellschaften in den letzten 15 Jahren kaum Demokratien aufzubauen in der Lage waren, bisher nicht einig werden konnte.

Der Akteur

In der Literatur findet sich oftmals ein von entwickelten Demokratien abgeleitetes Bild von Regierungs- und Oppositionsakteuren, welches auf die Entwicklungsgesellschaften übertragen wird. So charakterisiert Todd Eisenstadt (2000) die Regimeopposition in solchen Gesellschaften als zwischen kurzfristigem Gewinn und langfristigen Gütern abwägend. Dies habe drei Alternativen der Beziehung zwischen Regime und Opposition zur Folge: eine transitionsorientierte, teilweise Einbindung der Opposition in das Regime mit dem mittelfristigen Ziel der Demokratisierung; eine patronageorientierte vollständige Einbindung, wobei

Demokratie eher als langfristiges Ziel figurieren; oder keinerlei Einbindung und das Bestreben einer möglichst raschen Transformation. Das Ausmaß der Einbindung bestimme damit auch das Ausmaß der oppositionellen Tätigkeit (p. 17). Es sind die lang anhaltenden („*protracted*“) Transitionen in Staaten wie Mexiko, Kenia und Indonesien, welche Eisenstadt berücksichtigt, und wo er einen andauernden Kampf zwischen der autoritären Führung und der Opposition am Werke sieht. Die Transformation wird bei Eisenstadt als ein Verhandlungsprozess zwischen Regime und Opposition verstanden, in welchem die Gegner mit jeweils spezifischen und abgrenzbaren Interessen in den Ring steigen. Graeme Gill (2002) steht ebenfalls für eine dezidierte Akteursicht. Der Ausgang des politischen Wandels hänge von der Haltung und der Stärke der Handelnden ab (p. 195). Bei einer Transformation, die vor allem in den Händen der Zivilgesellschaft gelegen habe, sei normalerweise die Demokratie das Resultat des Wandels. Die Vormacht der Akteure des alten Regimes hingegen führe zu einem nichtdemokratischen System. Auch hier wird hinsichtlich des politischen Wandels von einem dyadischen System ausgegangen, in welchem Regime und Opposition sich als im Grunde rationale Akteure gegenüber stehen. Die Kontingenz des politischen Wandels ist dabei vollkommen: „*Just because one country has thus far emerged as a democracy and another as an authoritarian regime does not mean these countries are condemned to that sort of system forever. (...) This means that a democratic polity today could become either a façade or a non-democracy in the future, just as either of these other two political forms could be transformed into democracy*“ (p. 196).

Auch Helmut Wiesenthal billigt den Entscheidungen von Akteuren Einfluss auf den Gang des politischen Wandels zu. Das bringt der Titel des von ihm herausgegebenen Bandes auch handlungstheoretisch auf den Punkt: „Gelegenheit und Entscheidung“. Er stellt fest, dass „die Transition vom Sozialismus nicht durch Pfadabhängigkeit determiniert ist. Ihre Resultate sind nur unwesentlich durch Muster und Merkmale der sozialistischen Vergangenheit geprägt“ (S. 225). Die Akteure seien durchaus in der Lage gewesen, die Komplexität der Situation, welche in dem transformationstheoretischen Theorem des „Dilemmas der Gleichzeitigkeit“ aufgegriffen wird, zu meistern und erfolgreich ein System demokratischen Handelns und demokratischer Institutionen zu implementieren. Politischer Wandel sei vor allem das Ergebnis des Nutzens der rechten Gelegenheit zum Fällen der richtigen Entscheidung.

Die Struktur

Den akteurszentrierten Transformationsforschern stehen die „Strukturalisten“ diametral gegenüber. Mitunter tritt die gegenseitige Animosität zwischen den „Gruppierungen“ offen zu Tage, so zum Beispiel, wenn Christian Welzel (2002) schreibt: „Die ‚Erklärungen‘ des Akteursansatzes greifen sehr kurz. Sie rekon-

struieren lediglich Konstellationen, die im Übergangsprozess selber hervortreten. Sie lassen aber offen, worin die tieferen Ursachen dieser Konstellationen liegen. Häufig sind die ‚Erklärungen‘ des Akteursansatzes so plausibel wie trivial. (...) Die Trivialität dieser ‚Einsicht‘ tritt nicht immer so deutlich zu Tage, weil sie mehr oder weniger geschickt in historische Erzählsprache (...) verpackt wird. Das ändert aber nichts an dem dürftigen Erkenntniswert, der den Grundeinsichten des Akteursparadigmas zueigen ist“ (S. 65). Dem gegenüber ist festzuhalten, dass die reine Behauptung der Wichtigkeit von Geschichte für den sozialen Wandel, oft in ein flottes, angelsächsisches „*history matters*“ gekleidet, tautologisch genannt werden darf, solange Wirkungsrichtung und Stärke des historischen Erbes nicht geklärt sind (Wiesenthal 2001: 222).

Geoffrey Pridham (2000) geht über eine solche bloße Behauptung hinaus. Er macht eben jenes Verhältnis von Geschichte und politischem Wandel zum Gegenstand seines Artikels. Dabei wird ersichtlich, dass die strukturzentrierte Denkrichtung in der Transformationsforschung stark mit dem Gegensatz des dunklen Prädestinationsglaubens eines Erzstrukturalismus und der vollkommenen Offenheit und Machbarkeit des politischen Wandels, wie ihn der Akteursansatz vertritt, zu kämpfen hat. Drei Fragen stellt Pridham: Erstens, wie gestaltet sich der Einfluss geschichtlicher Größen auf die Demokratisierung? Zweitens, inwieweit können diese Größen beeinflusst werden? Und drittens, wie beeinflussen geschichtliche Größen die Konsolidierung einer Demokratie? Pridham kommt zu dem Schluss, dass das geschichtliche und undemokratische Herkommen einer Gesellschaft die Entwicklung einer Demokratie in dieser Gesellschaft wirkmächtig beeinflusse, jedoch nicht determiniere (p. 41). Die Virulenz des aus historischen Mythen gefütterten Nationalismus in vielen Transformationsstaaten, wie auch die historische Kontinuität parteipolitischer Lager in ihnen, sind für ihn Zeichen eines geschichtlich beeinflussten politischen Wandels. Zu warnen ist hier aber vor einer „Wiedergeburt der Geschichte“ in der Art einer „Retraditionalisierung“ von Politik und Staat. Das geschichtliche Erbe wird nicht linear in die Gegenwart verfrachtet, auf dass es dort sein Unheil anrichte, sondern wirkt dort vielfach gebrochen fort. Die traditionellen Handlungsmotivationen und modernen politischen Institutionen (und umgekehrt) vermengen sich zu einem ungleichzeitigen Gemisch. Versuche, die postsozialistischen Kriege auf dem Balkan oder im Kaukasus mit dem Terminus „Erinnerungskonflikte“ zu umschreiben, wie bei Pridham (p. 43), enden daher in eben jenem Determinismusedenken, welches es zu vermeiden gilt. Im Rahmen der Demokratisierungsforschung stellt Christian Welzels (2002) Konzept der „Humanentwicklung“ eine weitere strukturalistische Ansicht dar. Humanentwicklung versteht Welzel als das Zusammenkommen bestimmter ökonomischer, ethischer und institutioneller Prozesse. Auf ökonomischer Seite sei dies die zunehmende Verfügbarkeit von Ressourcen zur Wohlstandsentwicklung; auf ethischer Seite ein Wertewandel, ausgedrückt in einem individuellen Emanzipationsanspruch, und auf institutioneller Seite die Entste-

hung der Demokratie (S. 16f.). Dieser Dreischritt sei, so Welzel, durchaus chronologisch zu verstehen: der ökonomische Wandel mache den Anfang, bevor ein ethischer und politischer Prozess in Gang gesetzt werde. Die Humanentwicklung sei für die weltweite Ausbreitung der Demokratie und die nationalen Unterschiede verantwortlich, nicht das Interesse einzelner Akteure oder institutionelle Arrangements während der Transformation (S. 65). Ein Problem bei dieser Studie ist, dass der von ihr beschriebene Entwicklungsprozess eine vollkommen irritationslose Linearität vorweist. Was in der westlichen Welt in bestimmten geschichtlichen Stadien abgelaufen ist, die wirtschaftliche, d.h. kapitalistische Umwälzung vor dem ideellen Wandel der Aufklärung, dieser wiederum vor einer Ausweitung staatsbürgerlicher Teilhaberechte, muss in Entwicklungsgesellschaften noch lange nicht in denselben Stufen geschehen bzw. angestrebt werden. Nichtsdestotrotz ist die Studie ein interessanter Versuch, die Transformationsforschung an den gesellschaftlichen „Unterbau“ anzuschließen, um darauf hinzuweisen, dass Demokratie nicht voraussetzungslos implementiert oder gezüchtet werden kann.

Die Institution

Wo die eine Forschungspartei den Akteur, die Handlung, die „Mikroebene“ bevorzugt, die andere Partei sich den Strukturen, der „Makroebene“ zuwendet, da sehen wieder andere in den Institutionen, der sogenannten „Mesoebene“, den eigentlichen Gegenstand der Transformationsforschung (Merkel u.a. 2003: 187ff.). Die Veränderung politischer Institutionen wird als das Originäre des gesellschaftlichen Wandels angesehen. Der Kern jeder Transition sei die „konstitutionelle Etablierung von demokratischen Institutionen“ (S. 294). Sie garantiere die Verfahrensregeln für die Gewährleistung von Rechten und schaffe politische Verantwortlichkeit bzw. eine Bindung der Handelnden an die Regeln der Demokratie. Tragfähige Institutionen seien darüber hinaus unabdingbar für die Stabilität eines politischen Systems. Eine funktionierende Rechtsprechung, professionelle Medienarbeit und eine kompetente Verwaltung, sprich wirkmächtige politische Institutionen der Moderne, seien, so Mansfield und Snyder (2002: 334), allemal wichtiger und für den Erhalt des Staates zentraler als das frühe Abhalten freier Wahlen. Institutionen dienen in diesem Kontext als eine Art Schlichtungskategorie zwischen dem Akteur und der Struktur. Das politische Handeln und Entscheiden muss innerhalb von regelhaften Institutionen vor sich gehen, d.h. es verliert seinen vollkommen kontingenten Charakter. Gleichzeitig sind jene Institutionen keine sozialanthropologischen Konstanten und somit von den Akteuren veränderbar. Dabei wird selten beachtet, dass moderne politische Institutionen dadurch gekennzeichnet sind, dass sie nur so lange bestehen bleiben, bis sie mittels eines positiven Rechtsaktes entkräftet und ersetzt werden.² Ihre Dauer-

² Vgl. Niklas Luhmann 1983: Legitimation durch Verfahren, Frankfurt a.M., S. 143.

haftigkeit und ihre stabilisierende Funktion sind daher fragwürdig, die Kontingenz ist eigentlich vollkommen, und das Problem der politischen Stabilisierung bleibt bestehen. Dennoch hat die Forschung an den Institutionen und ihrem Wandel ihren berechtigten Reiz. Dieser drückt sich in der jüngeren Transformationsforschung u.a. in der Frage nach Formalität und Informalität politischer Institutionen aus. Auf der Suche nach den möglichen Ursachen von „Defekten“ der Demokratie stießen Lauth und Liebert (1999) bzw. Merkel und Croissant (2000) auf den Gegensatz formaler und informaler Institutionen. Formal sind die einen Institutionen, da sie von staatlicher Seite in Form des positiven Rechts gesetzt werden, informal die anderen, da sie das Ergebnis nicht rechtlich geregelter sozialer Interaktion sind. Informale Institutionen seien, so die vorherrschende Sichtweise, partikularer bzw. ausschließender Natur, seien als solche nicht allen Bürgern eines Landes in gleichem Maße zugänglich; ganz im Gegensatz zu formalen Institutionen, die für alle Bürger gleichermaßen gelten. Daher seien die informalen Institutionen demokratietheoretisch fragwürdig. Informale Politik sei zwar bis zu einem bestimmten Grad unvermeidlich, die Schmerzgrenze sei in vielen politischen Systemen aber überschritten. Dort untergrübe, so das Credo, die informale Politik die formalen Institutionen und schade somit der Entwicklung der Demokratie. Um der Gefahr zu entgehen, dass informale Politik zur bloßen Residualkategorie für nicht erklärbares soziales Verhalten wird (Gel'man 2003: 93), verweisen Geiß (2002) und Conrad (2003) unter Rückgriff auf sozialtheoretische Überlegungen auf die fundamentalen Unterschiede zwischen formaler und informaler Politik. Wo die formale Politik auf einer politischen Vergesellschaftung beruht, die das gesetzte und damit den personalen Anliegen der Bürger gegenüber indifferente Recht von Anfang an zur Grundlage hat, herrscht informale Politik in Gesellschaften vor, in denen traditionale, gemeinschaftliche Bindungen an Familie oder andere Primärgruppen wesentlich dominanter sind als der „Glaube an die Legalität gesetzter Ordnung“.³ Formale und informale Politik verweisen damit einmal mehr auf die Verwurzelung jedes politischen Wandels in gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Typenbildung

Ausgefeilte Typologien von Demokratie sind ein Charakterzug der Transformationsforschung. Die 1990er Jahre waren gekennzeichnet durch eine regelrechte Proliferation von Demokratie Typen. Man versuchte die unzähligen Schattierungen politischer Systeme in den neuen Staaten zu erfassen. Gesprochen wurde von „delegativen“ (O'Donnell 1994), „illiberalen“ (Zakaria 1997) oder von „defekten Demokratien“. Diese Tendenz hält an, wenn auch von einer gewissen Beruhigung gesprochen werden kann. Hinzu kommt, dass man in den letzten

³ Max Weber 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. rev. Aufl., Tübingen, S. 124.

Jahren nicht nur immer neue adjektivisch bestimmte Demokratietypen generierte, sondern bei der Begriffsbildung auch Anleihen bei der Staats- und Herrschaftslehre macht. Friedbert Rüb (2002) verzichtet auf den Demokratiebegriff und spricht von „hybriden Regimen“. Ein hybrides Regime, so Rüb, sei angesiedelt zwischen den konstruierten Idealtypen des demokratischen und des autoritären Regimes. Auf der Grundlage von Juan Linz' Arbeiten zum Autoritarismus beschreibt Rüb den Charakter eines hybriden Regimes auf den Ebenen von Herrschaftslegitimation, -ausübung, -struktur und -umfang. Ein solches zeichne sich durch das Ineinandergehen von autoritären und demokratischen Merkmalen auf den Ebenen Recht vs. Willkür, Wahlen vs. Einschränkung des Pluralismus aus. Begrifflich setzt Rüb sich damit von der Mehrheit der Transformationsforschung ab, entwickelt seine Kategorien dennoch sehr nahe am Idealtypus der Demokratie, d.h. autoritäre Regime tragen die negativ umgepolten positiven Eigenschaften einer Demokratie. In anderem Kontext verweist Rüb (2003) hingegen auf den Zusammenhang von Staatlichkeit und Demokratie. Die Demokratie wird in Beziehung zu dem effektiven Installieren eines staatlichen Gewaltmonopols und dem Funktionieren einer Marktwirtschaft gesetzt (S. 57ff.). Damit wird der enge demokratietheoretische Rahmen der Transformationstheorie ausgedehnt. Um begrifflich nicht von der Demokratie ausgehen zu müssen, schließen sich Levitsky und Way (2002) ebenfalls an die Arbeiten von Juan Linz an. Sie nehmen sich eines bestimmten „hybriden Regimes“ an und zwar des so genannten „kompetitiven Autoritarismus“. Dieser sei dadurch gekennzeichnet, dass sich demokratische Regelwerke mit einer autoritären Art des Regierungsstils vermischen. Kriterien wie freie Wahlen und Wahlrecht, politische und bürgerliche Rechte und die effektive Regierungsfähigkeit der Regierung seien in einem solchen System substantiell eingeschränkt, wobei ein politischer Wettbewerb aber möglich sei (S. 56ff.). Levitsky und Way kämpfen mit dem gleichen Problem wie Rüb: Zwar gehen sie begrifflich von autoritären Regimen aus, charakterisieren diese aber in negativer Abgrenzung zur Demokratie. Dies hilft nicht, aus der analytischen Einbahnstraße herauszukommen, in welche die Transformationsforschung durch die Annahme von demokratischen Axiomen zur Beschreibung von Gesellschaft geraten ist.

Die „defekte Demokratie“ ist durch die Arbeit von Wolfgang Merkel u.a.⁴ in Deutschland zum Schlagwort in vielen politikwissenschaftlichen Mündern geworden. Die „defekte Demokratie“ stellt für die Autoren einen „unvollständigen Subtyp“ dar, dessen Charaktereigenschaften von der idealtypisch verstandenen „eingebetteten“ Demokratie abgeleitet werden. Diese zeichnet sich durch die institutionelle Einbettung verschiedener Teilregime ineinander aus (S. 48ff.). Die verschiedenen Teilregime verfügten gegenüber anderen Teilregimen über Autonomie, welche in der Demokratie erhalten bliebe. In der „defekten Demokratie“

⁴ Zusammenfassend Merkel u.a. 2003.

hingegen werde, trotz des Bestehens eines Wahlregimes, durch „Störungen“ in einem der Teilregime ein nicht-demokratisches Element eingeführt (S. 66). Die Machtpotenziale der politischen Akteure würden hierbei entgrenzt und griffen auf die anderen Teilregime über. Merkel u.a. konstruieren mit der exklusiven, illiberalen, delegativen und Enklavendemokratie verschiedene defekte Subtypen (S. 68ff.). Diese seien, so wird betont, analytisch zu verstehen. In der Empirie komme es stets zu Vermischungen dieser Reinformen (S. 69). „Defekte Demokratien“ seien keine kurzfristigen Übergangserscheinungen, sondern verfügten über eine Stabilität (S. 180), die man ihnen vor zehn Jahren noch nicht zugetraut hätte. Die jüngste Studie von Merkel u.a. bündelt die bundesrepublikanischen Bemühungen im Felde und bietet daher einen guten Überblick über den Stand der Forschung.

Wenn auch Tendenzen zu einer Ausweitung der typologischen Grundlagen zu erkennen sind, so verharret die Transformationstheorie dennoch in einer schematischen Dichotomie von Demokratie und Autoritarismus. Auf Max Webers Herrschaftssoziologie zurück gehende Ansätze, die Gesellschaften eher mit ihren positiven Eigenschaften zu charakterisieren, wie es z.B. in der Neopatrimonialismusforschung geschieht, sind erste Auswege aus einer begrifflichen Sackgasse. Jedoch finden sie bisher nur wenig Anwendung in der Transformationstheorie.

Methode und Heuristik

Das hier beschriebene ständige Vor-, Um- und Erstellen von demokratischen Typologien und die fortdauernde Diskussion zwischen Strukturalisten und Prozeduralisten sind nichts anderes als der Widerschein eines andauernden methodischen Ringens. Wie es sich für die Wissenschaft gehört, wurde dieses Ringen in jüngster Zeit selbst wieder Gegenstand der Debatten. Schon allein dieser Hang zur Selbstreflexion zeitigt die Konsolidierung wissenschaftlichen Arbeitens. So verkündigte Thomas Carothers unlängst das „Ende des Transitionsparadigmas“ (2002). Die Kernpunkte der Transitologie seien in der Vergangenheit, so der Autor, die folgenden gewesen: Erstens, ein Land, das sich von der Diktatur befreie, sei damit auf dem Weg zur Demokratie; zweitens, Demokratisierung verlaufe in den drei Stadien Öffnung, Demokratisierung und Konsolidierung; drittens, Wahlen seien unverzichtbares Zeichen der Demokratisierung; viertens, Strukturen seien gegenüber Akteuren und Institutionen zu vernachlässigen; und fünftens, der Staat werde als funktionierend vorausgesetzt (pp. 6–9). Die Realität spreche aber gegen solche Annahmen. Carothers verweist auf das schattenhafte Dasein vieler Regime, in denen der Pluralismus nur scheinbar und damit nutzlos (*„feckless“*) und die Politik von dominanten Mächten bestimmt sei. Daraus folge, dass man das Transitionsparadigma entsorgen müsse, um den Blick auf die Realität zu schärfen (p. 18). Leider hat Carothers aber keine Idee, was das

„Paradigma“ ersetzen sollte. Wenn er den politischen Prozessen in Transformationsgesellschaften einen chaotischen Charakter zuspricht (p. 15), dann macht dies die begriffliche Ohnmacht der Forschung nur noch deutlicher. Die Probleme mit dem eigentlichen Ablauf des Prozesses der Transformation, in einschlägigen Lehrbüchern als Öffnung, Demokratisierung und Konsolidierung beschrieben, lassen sich auch differenzierter darstellen, als dies bei Carothers der Fall ist. Schedler (2001) verweist zwar auch nur auf die generelle Unsicherheit des institutionellen Wandels (S. 2), die der Kluft zwischen den „äußeren“ Institutionen und den „inneren“ Erwartungen, bzw. dem Habitus der Akteure geschuldet sei. Er lässt dem aber vier idealtypische Prozessskizzen folgen, die die „Unsicherheit“ des Wandels wiedergeben (S. 8–10): die graduelle Aneignung einer neuen politischen Ordnung; das stete Schwanken zwischen jeweils unsicheren Stadien; eine Art verstetigte Unsicherheit und Zerbrechlichkeit der institutionellen Stabilität; und ein durch ein fundamentales Ereignis ausgelöster zeitlicher Bruch im Übergang von einem System zu einem anderen. Laïdi (2002) hat die Kluft zwischen Institution und Habitus im Blick und teilt die Demokratie in eine prozedurale und eine kulturelle Dimension ein. Globalisierung, so Laïdis Argument, fördere zwar die Ausweitung der prozeduralen Dimension, die demokratische Kultur würde zeitlich aber hinterher hinken.

Von verschiedener Seite wird der Transformationsforschung angetragen, sie solle verstärkt andere Disziplinen der Politikwissenschaft integrieren. Manent (2003) verweist auf den notwendigen Zusammenhang von normativ und an der Form orientierter Demokratietheorie und einer am tatsächlichen sozialen Handeln orientierten politischen Soziologie. Ein ähnliches Ineinandergreifen von Transitionsforschung und, in diesem Falle, der Regionalforschung verlangt Michael Krennerich, um damit die normativ abgeleiteten Demokratiekriterien „zu kontextualisieren“ (2002, S. 64–66). Dies widerspricht der Annahme eines Großteils der Forschung, dass Demokratie als solche ein universalistisches Konzept sei, welches normativ überlegen und analytisch stets anwendbar sei (Merkel u.a. 2003: 292). Bezeichnend ist jedoch, dass diejenigen, welche die Transformationsforschung in einem breiten sozialtheoretischen Kontext betrachten⁵, dieser rundweg skeptisch gegenüber stehen.

Abschluss

Wie könnte die Transformationsforschung das gesellschaftliche „Sein“ von seinem „Schein“ trennen? Erstens lässt sich festhalten, dass das in der politischen Wirklichkeit vorherrschende Gemenge aus erfolgreicher, erfolgloser und gemischte Gefühle hervor rufender Demokratisierung sich durchaus auf die Theoriebildung niederschlägt. Dort finden sich der unentwegte Drang, innerhalb des „Transitionsparadigmas“

⁵ Vgl. Ansätze bei Geiß (2002) oder Schlichte (1998).

weiterzuarbeiten, aber auch die Offenheit für die Erkenntnisse der politischen Soziologie und der Regionalforschung. Mitunter gibt es auch ausgeprägte Skepsis. Dies sollte man unter Konsolidierung einer wissenschaftlichen Disziplin verstehen: Nach der „Veralltäglicdung des disziplinarischen Charismas“, welche auf kurz oder lang jeder Neuentwicklung in der Forschungslandschaft folgt, machen die einen unbeirrt weiter wie bisher, die anderen passen ihr Forschen und Arbeiten an neue Einsichten an; wohingegen die letzteren sich mit einem „Ich habe es schon immer geahnt“ verdrossen abwenden. Zweitens sollte die Forschung verstärkt nach geeigneten Begriffen jenseits der gängigen Demokratietheorie suchen. Wie ein Schleier legte sich bisher ein demokratietheoretisches Lehrgebäude über den sozialen Wandel in Transformationsgesellschaften, was letztlich die notwendige Unterscheidung zwischen „Sein“ und „Schein“ verwischte. Dem „Sein“ und auch „Werden“ einer Gesellschaft ist wohl am ehesten noch mit staatsrechtlichen und herrschaftssoziologischen Überlegungen beizukommen. Ohne Umschweife: Die systematische Lektüre von Max Weber und seinen Epigonen ist der Transformationsforschung zu empfehlen.

Rezensierte Literatur

- Bendel, Petra/ Croissant, Aurel/ Rüb, Friedbert W. (Hrsg.) 2002: Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen.
- Bendel, Petra/ Croissant, Aurel/ Rüb, Friedbert (Hrsg.) 2003: Demokratie und Staatlichkeit, Opladen.
- Bendel, Petra/ Krennerich, Michael 2003: Einleitung: Staat und Rechtsstaat in jungen Demokratien – eine Problemskizze, in: Bendel/Croissant/Rüb (Hrsg.), S. 9–34.
- Carothers, Thomas 2002: The End of the Transition Paradigm, in: *Journal of Democracy*, Jg. 13, Nr. 1, S. 5–21.
- Conrad, Burkhard 2003: In-/Formale Politik. Zur Politik in der Weltgesellschaft, Arbeitspapier der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung Nr.1/ 2003, Hamburg.
- Eisenstadt, Todd 2000: Eddies in the Third Wave: Protracted Transitions and Theories of Democratization, in: *Democratization*, Jg. 7, Nr. 3, S. 3–24.
- Geiß, Paul Georg 2002: Die Gemeinschaftsverbundenheit formaler und informeller Politik – Über die Implikationen von Rechtsgemeinschaft und politischer Vergemeinschaftung auf die Entstehung von Parteienpluralismus in der außereuropäischen Welt, Arbeitspapier des Deutschen Überseeinstituts, Hamburg.
- Gel'man, Vladimir 2003: Post-Soviet Transitions and Democratization: Towards Theory Building, in: *Democratization*, Jg. 10, Nr. 2, S. 87–104.
- Gill, Graeme 2002: Democracy and Post-Communism. Political Change in the Post-Communist World, London & New York.
- Krennerich, Michael 2002: Weder Fisch noch Fleisch? Klassifikationsproblem zwischen Diktatur und Demokratie, in: Bendel/ Croissant/ Rüb (Hrsg.), S. 55–70.
- Laidi, Zaki 2002: Democracy in Real Time, in: *Journal of Democracy*, Jg. 13, Nr. 3, S. 68–79.
- Lauth, Hans-Joachim/ Liebert, Ulrike (Hrsg.) 1999: Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich, Opladen & Wiesbaden.

- Levitsky, Steven/ Way, Lucan A. 2002: The Rise of Competitive Authoritarianism, in: Journal of Democracy, Jg. 13, Nr. 2, S. 51–65.
- Manent, Pierre 2003: Modern Democracy as a System of Separations, in: Journal of Democracy, Jg. 14, Nr. 1, S. 114–125.
- Mansfield, Edward/ Snyder, Jack 2002: Democratic Transition, Institutional Strength and War, in: International Organisation, Jg. 56, Nr. 2, S. 297–338.
- Merkel, Wolfgang u.a. 2003: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/ Croissant, Aurel 2000: Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, Nr. 1, S. 3–30.
- O'Donnell, Guillermo 1994: Delegative Democracy, in: Journal of Democracy, Jg. 5, Nr. 1, pp. 55–69.
- Pridham, Geoffrey 2000: Confining Conditions and Breaking with the Past: Historical Legacies and Political Learning in Transitions to Democracy, in: Democratization, Jg. 7, Nr. 2, S. 36–64.
- Rose, Richard/ Shin, Doh Chull 2001: Democratization Backwards: The Problem of Third-Wave Democracies, in: British Journal of Political Science, Jg. 31, Nr. 2, S. 331–354.
- Rüb, Friedbert 2002: Hybride Regime: Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Bendel/ Croissant/ Rüb (Hrsg.), S. 99–118.
- Rüb, Friedbert 2003: Staatlichkeit, Staatsbildung und Staatszerfall. Dimensionen und Perspektiven der politikwissenschaftlichen Debatte, in: Bendel/Croissant/Rüb (Hrsg.), S. 57–80.
- Schedler, Andreas 2001: Taking Uncertainty Seriously: The Blurred Boundaries of Democratic Transition and Consolidation, in: Democratization, Jg. 8, Nr. 4, S. 1–22.
- Schlichte, Klaus 1998: Ende der Theorie oder Theorien ohne Ende? Gesellschafts- und Geschichtsauffassungen in der Entwicklungs- und Transformationsforschung, in: asien afrika lateinamerika, Jg. 26, S. 517–538.
- Welzel, Christian 2002: Fluchtpunkt Humanentwicklung. Über die Grundlagen der Demokratie und die Ursachen ihrer Ausbreitung, Wiesbaden.
- Wiesenthal, Helmut 2001: Materiale und theoretische Befunde der vergleichenden Transformationsforschung, in: Ders. (Hrsg.), Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung, Wiesbaden, S. 214–229.
- Zakaria, Fareed 1997: The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs, Jg. 76, Nr. 6, S. 22–42.

Transformationsforschung

Zerfall von Imperien (*WeltTrends* 6, 7); Demokratie in China? (*WeltTrends* 20); Transformation in Polen (*WeltTrends* 27); Recht in der Transformation (*WeltTrends* 31)

Bestellungen unter
www.welttrends.de